Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 469 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, 23. September

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 35 mm breite mm-Grundzeile 2) ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Ersüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Am 30. September findet die erste Sitzung der Nationalversammlung im Berliner Reichstagsgebäude statt.

* Der Hamburger Seemannsbund beschloß, in den Sympathiestreik für die Bremer Seeleute zu treten.

* Kultusminister Hänisch wird am Donnerstag nach Pommern reisen, um sich über die Vorgänge in den Schulen zur Frage der Kaiserbilder zu unterrichten.

* Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat sich weiter ausgedehnt. Zur Zeit sind 15 Betriebe in Mitleidenschaft gezogen.

* Nach Meldungen schwedischer Blätter sind die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und den Ostseestaaten unter dem Druck der Entente eingestellt worden.

Der Schlußakt zu Artikel 61

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Versailles, 22. September.

Freiherr von Lersner unterzeichnete heute nachmittag 4 Uhr im Trianonpalast in geschlossener Sitzung das mit den alliierten und assoziierten Mächten vereinbarte Protokoll betreffend Artikel 61 der Reichsverfassung. Auf seiten der Alliierten unterzeichnete für Frankreich Botschafter Jules Cambon, für England Sir Eyre Crown, für Amerika Unterstaatssekretär Polk, für Italien Minister Scialoja, für Japan Botschafter Matsui.

Zur Konstituierung Danzigs

Danzig, 22. September.

Der Wirtschaftsausschuß für die freie Stadt Danzig sandte an den Obersten Rat in Paris folgendes Telegramm:

„Sekretariat Permanent du Conseil des Alliés, Paris. — Die Artikel 100, 102 und 105 (?) des Friedensvertrags bestimmen für das Gebiet der freien Stadt Danzig die Abtrennung vom Deutschen Reiche und für seine Bewohner den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, ohne daß gleichzeitig die Konstituierung der freien Stadt Danzig erfolgt. Der gesetzlose Zustand in der Zwischenzeit kann nur den völligen Zusammenbruch des Wirtschaftslebens herbeiführen. Der Aufbau der freien Stadt Danzig muß mit Rücksicht auf ihren internationalen Charakter auf durchaus sicheren Grundlagen erfolgen. Daher muß der von den alliierten Mächten einzusetzende Übergangskommissar im Augenblick des Inkrafttretens des Friedensvertrages in Danzig sein, um die schwierigen Bestimmungen der Artikel 103 und 104 einer schleunigen Erledigung entgegenzuführen und so einer grenzenlosen Verwirrung vorzubeugen. Wir bitten den Obersten Rat dringend, die Konstituierung der freien Stadt Danzig und die Entfernung des Oberkommissars unverzüglich in die Wege zu leiten, und erbitten eine rasche Entscheidung, zumal Danzig unter den Schutz des Völkerbundes gestellt ist.

Wirtschaftsausschuß für die freie Stadt Danzig
gez. Kommerzienrat Wieler."

Zur Bekämpfung des Radikalismus

Lugano, 22. Sept.

Wie aus durchaus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, beabsichtigt man in Italien, vorübergehend eine Militärdiktatur zu errichten zwecks Säuberung des Landes von allen extrem sozialistischen, bolschewistischen und revolutionären Elementen. Der Herzog von Aosta soll an der Spitze dieser Bewegung stehen.

Neue Vermittlungsversuche in Fiume

Lugano, 22. September.

Am Sonnabend, dem italienischen Nationalfeiertag, hielt d'Annunzio eine große Parade ab. Er verlieh seinem Heere besondere blaue Abzeichen. Fortwährend treffen neue Freiwillige ein, darunter eine ganze Kompagnie der Brigade Firenze. Admiral Nunes erklärte brieflich, daß die italienische Flotte Fiume niemals beschießen werde. Offiziere der Brigade Sesia leisteten einen feierlichen Eid für d'Annunzio. Wie lange die Blockade ist, beweist das Passieren eines Eisenbahnzuges mit 30 Wagen Lebensmitteln.

Ein römisches Communique meldet neue Ansammlungen südslawischer Freiwilliger in der Waffenstillstandszone. Die Vermittlungsversuche Badoglios sind anscheinend gescheitert. Mit der gleichen Mission wurde Admiral Cagni, ebenfalls ein Freund d'Annunzios, betraut. Der Kriegsminister verbietet den Offizieren die Teilnahme an den Fiumekundgebungen. Wegen Zuwiderhandlungen wurde der Armeekorpskommandant von Turin abgesetzt. Ebenso aus unbekannten Gründen General Fabbri, der Korpskommandant von Rom. „Corriere della Sera" und „Secolo" zeigen wachsende Besorgnis wegen der Lockerung der Heeresdisziplin, die aus dem Fiumezug hervorgehen könnte. Eine Pariser Meldung des „Corriere" bezweifelt, daß die Antwort Wilsons rechtzeitig eintrifft und günstig laute. Der Parteikongreß der Reformsozialisten wurde auch von Bissolati und Canepa besucht. Canepa drohte mit dem Austritt aus der Partei, wenn d'Annunzios Unternehmen gebilligt werde. Die Resolutio betont die Ansprüche auf Fiume, umgeht aber das Urteil über den Handstreich. Die italienische Luftschiffahrt ist wegen d'Annunzio vollständig lahmgelegt.

Aus Washington wird gemeldet: „United Preß" berichtet, daß man in Pariser Konferenzkreisen d'Annunzio als Meuterer betrachtet, daß der Oberste Rat jedoch gleichwohl beschlossen habe, in der Fiumer Angelegenheit nicht zu intervenieren, es sei denn, „es sei denn, daß die italienische Regierung sich zur Regelung der Lage als unfähig erweise. Die New-Yorker Zeitung „Globe" schreibt über die Vorgänge in Fiume, die Tat von d'Annunzio sei in jeder Hinsicht zu tadeln. Der Dichter hätte kein Recht zu seinem Vorgehen gehabt, da dies Sache seiner Regierung war; er habe auch kein gesetzliches und sittliches Recht, Gehorsam zu verweigern. Kein italienischer Soldat, der nicht unter alliierter Kontrolle steht, habe irgendetwas in Fiume zu suchen, bis der Oberste Rat sich endgültig über das Schicksal der Stadt entschieden habe.

Lugano, 22. Sept.

Die von den drei europäischen Verbandsmächten getroffene Verabredung über die Lösung der Adriafrage wird nun auch in Einzelheiten bekannt. Tittoni wird sie am nächsten Mittwoch in der Kammer verkünden, wenn auch bis dahin der Widerstand Amerikas kaum gebrochen sein kann. Die Stadt Fiume wird italienisch, der Freihafen und die Bahnzufuhren kommen unter die Verwaltung des Völkerbundes. Das Gebiet zwischen Triest und Fiume wird zwar slawisch, aber militärisch durch ein Befestigungsverbot neutralisiert, so daß Triest nicht unter der Drohung südslawischer Kanonen zu liegen kommt. Fiume wird freilich Exklave, Zara wird Freistadt. Wahrscheinlich bekommt Italien das Protektorat über Albanien und die Souveränität über Valona und sein Hinterland bestätigt.

Amerikas Ratifizierung gesichert

Bern, 22. September.

Dem „Daily Telegraph" wird aus Washington gemeldet, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages durch den amerikanischen Senat jetzt endgültig als gesichert gelte. Die republikanische Partei werde nach wie vor für die Abänderungsanträge eintreten, sie werde aber nicht gegen die Ratifizierung stimmen, wenn die verlangten Änderungen verworfen werden sollten. Dieser Stimmungsumschwung ist auf parteipolitische Erwägungen zurückzuführen. Angesichts des begeisterten Empfangs, den Wilson an der Küste des Stillen Ozeans gefunden hat, befürchten die republikanischen Führer bei den kommenden Wahlen eine schwere Niederlage, wenn sie den Friedensvertrag als Ganzes ablehnen. Des weiteren glauben sie durch Annahme beider Verträge eine dritte Präsidentschaftskandidatur Wilsons hintertreiben zu können.

Die Nationalversammlung in Berlin

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 22. Sept.

Der Reichstag hat seine Pforten wieder geöffnet. Das Gebäude, das durch Einquartierung stark gelitten, ist wieder vollkommen hergestellt. Der Gesamteindruck ist unverändert. Im Hauptsitzungssaal sind eine Reihe neuer Sitze angebracht worden, weil die Nationalversammlung 25 Abgeordnete mehr zählt, als der frühere Reichstag. Die erste Sitzung findet am 30. Sept. nachmittags 3 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen 18 kleine Anfragen und die erste Lesung des Tumultschadengesetzes.

Kommunistische Propaganda in München

München, 22. September.

Die Hetze der Kommunisten geht schamlos weiter. In der Wohnung des aus der Festungshaft entwichenen kommunistischen Polizeipräsidenten Maierguinther wurde ein Flugblatt gefunden, das sich mit dem Geiselmord beschäftigt und an Niedertracht und Verhetzung das denkbar Stärkste darstellt, was man selbst von dieser Seite bisher erfahren hat. Das Flugblatt nennt die Gerichtsverhandlung eine Affenkomödie, das Urteil eine freche Provokation und einen Faustschlag ins Gesicht des Proletariats. Am Schluß des Flugblattes heißt es: Noch müssen wir die erneut angetane Schmach ertragen, doch die Stunde wird kommen, wo wir diesem elenden, verlogenen System den Todesstoß versetzen werden, und dann, Herr Staatsanwalt und bürgerlich-soziale Verrätergesellschaft: Auge um Auge, Zahn um Zahn!

Die Kommunisten entwickeln überhaupt eine lebhafte Propaganda in ganz Deutschland. In Buchheim wurde ein Paket beschlagnahmt, das einem Gefangenen gehörte. Das Paket enthielt eine Menge Propagandaflugblätter verschiedenster Art, die, wie festgestellt worden ist, von Berlin über eine Zwischenpropagandastelle Nürnberg transportiert worden sind. Die Nürnberger Stelle wurde bereits aufgehoben. Tatsache ist, daß Anfang September bei der U. S. P. und der K. P. D. Verhandlungen über einen gemeinsamen Putsch stattgefunden haben. Die U. S. P. traute aber der Sache nicht recht und zog sich zunächst aus der Affäre.

Oesterreichs Schuld am Kriege

Wie sich Oesterreich durch die serbisch-rumänische Konstellation lange vor dem Mord in Serajewo bedroht fühlen mußte, geht aus der Seite 7 der sehr eindringlichen Darstellung von Gooß hervor. Da heißt es:

„Serbien, dessen Politik seit Jahren von hostilen Tendenzen gegen Oesterreich-Ungarn geleitet werde, und das ganz unter russischem Einfluß stehe, habe einen Zuwachs an Gebiet und Bevölkerung erreicht, der die eigenen Erwartungen weit übertroffen hätte; durch die territoriale Nachbarschaft mit Montenegro und durch das allgemeine Erstarken der großserbischen Idee sei die Möglichkeit einer weiteren Vergrößerung Serbiens im Wege der Union mit Montenegro wesentlich nähergerückt. Rumänien sei durch die Ereignisse zu einer Kooperation mit Serbien gedrängt worden, aus welcher eine dauernde, wenn auch auf bestimmte Fragen beschränkte rumänisch-serbische Solidarität zurückgeblieben sei. Dies und der gleichzeitig in der öffentlichen Meinung Rumäniens eingetretene Umschwung zugunsten Rußlands ließen es zum mindestens als zweifelhaft erscheinen, ob Rumänien im gegebenen Moment nicht statt als Freund, als Gegner des Dreibundes auftreten werde."

Aus dieser hier gekennzeichneten Situation heraus sieht es die österreichisch-ungarische Politik als ihre Hauptaufgabe an, „die Klärung des Verhältnisses Oesterreich-Ungarns zu Serbien und Rumänien herbeizuführen, besonders da die russischen Einkreisungstendenzen den Frieden gefährdeten."

Diese Darstellung über die europäische Lage und insbesondere über die Stellung Oesterreichs, — sie geht auf den Baron Matscheko zurück, wurde dann von dem Grafen Berchtold einer Revision unterzogen, die eine spezielle „Neubearbeitung des Teiles der Ausführungen vornahm, der die Gestaltung der Beziehungen der Monarchie zu Montenegro behandelte". Die Denkschrift des Grafen Berchtold „war eben fertig geworden, als die furchtbaren Ereignisse von Serajewo eintraten," die nun angefügt und mit folgenden Worten eingeleitet wurden:

„Die ganze Tragweite der ruchlosen Mordtat läßt sich heute kaum überblicken. Jedenfalls ist aber, wenn es dessen noch bedurft hätte, hierdurch der unzweifelhafte Beweis für die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes zwischen der Monarchie und Serbiens sowie für die Gefährlichkeit der Intensität der vor nichts zurückschreckenden groß-serbischen Bestrebungen erbracht worden."

Daraus wird die Folgerung gezogen:

„Um so gebieterischer tritt an die Monarchie die Notwendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu zerreißen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem Haupte verdichten wollten."

Die Denkschrift Berchtolds ging nun zusammen mit einem Memoire, das „die militärische Seite einer eventuellen Feindseligkeit Rumäniens und einen europäischen Krieg beleuchtete, und einem Anschreiben Kaiser Franz Josefs an Kaiser Wilhelm. In dem kaiserlichen Schreiben wurde die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Regierung auf dem Balkan dahin umrissen: „Sie müsse in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein. Die erste Etappe auf diesem Wege könne nur in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung bestehen, damit dieses Land, dessen reale Interessen mit denen der Monarchie und Deutschlands übereinstimmten, vor der Rückkehr der Russophilie bewahrt bleibe."

Aus der

Antwort des Kaisers

die von Bornholm unter dem 14. Juli datiert ist, sei hervorgehoben, daß sich der Kaiser bereit erklärt, „das Bestreben der Wiener Regierung, das dahin gehe, die Bildung eines neuen Balkanbundes unter russischer Patronanz und mit der Spitze gegen Oesterreich-Ungarn zu hintertreiben und als Gegengewicht ferner den Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen, nach Tunlichkeit zu fördern."

In dem

Ministerrate vom 19. Juli

wurde der bereits am 7. Juli in Erwägung gezogene Text der an Serbien zu richtenden Note definitiv festgestellt. Graf Berchtold konstatierte die erzielte vollständige Einmütigkeit in allen Fragen. Graf Tisza hatte inzwischen seine Bedenken fallen lassen. Auf seinen Antrag wurde jedoch beschlossen, sofort bei Beginn des Krieges den fremden Mächten zu erklären, „daß die Monarchie keinen Eroberungskrieg führe und nicht die Einverleibung des Königreichs beabsichtige". Ueber die Formulierung der Antwort an Serbien war in einer Besprechung des Grafen Berchtold mit den beiden Ministerpräsidenten und dem ungarischen Minister am Hofloger in Ischl, der am 14. Juli stattfand, Uebereinstimmung erzielt worden. Dabei hatte sich die Stellung der Minister dem 7. Juli gegenüber verschärft. Damals war man übereingekommen, daß eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalls mit Serbien im kriegerischen oder im friedlichen Sinne gewünscht werde."

Bemerkenswert ist nun, daß Graf Berchtold schon vor der Ueberreichung des Ultimatums in Belgrad damit rechnete, daß Italien die Aktion gegen Serbien zum Anlaß von Kompensationsforderungen nehmen könnte und den österreichisch-ungarischen Botschafter in Rom instruierte, wie solchen italienischen Forderungen entgegenzutreten sei. In Berlin war man, wie aus einer in der Versammlung mitgeteilten Unterredung des Grafen Berchtold mit dem deutschen Botschafter in Wien, v. Tschirschky, hervorgeht, über die Haltung, die Italien im Falle eines Krieges gegen Serbien einnehmen würde, schon zu diesem Zeitpunkte sehr besorgt.

*

„Allgemeen Handelsblad" bespricht das von Roderich Gooß herausgegebenen Rotbuch über die Vorgeschichte des Krieges: Das Blatt spricht von Graf Berchtold, Graf Tergaci und Miklasinn und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909231-12/fragment/page=0001

schreibt dazu: Bemerkenswert ist, daß sich keiner dieser drei Männer Deutsch-Oesterreicher nennen dürfte. Graf Berchtold ist mit seinem deutschen Namen ein Tschecke. Drei nicht deutschösterreichischen Männern ist es also in erster Linie zuzuschreiben, daß Deutsch-Oesterreich zu einem Staate dritten oder niedrigeren Gliedes verurteilt wurde, der nicht einmal im Stande sein wird, für sich selbst zu sorgen und ihm ist die Aushungerung der Bewohner zuzuschreiben. Das Vorgehen Berchtolds zeigt von Leichtsinn, Falschheit und Hinterlist und muß als unerhört bezeichnet werden. Nach den Enthüllungen von Roderich Gooß kann man Bethmann-Hollweg und Pogson in einigen sehr wichtigen Punkten, wie der Absendung des Ultimatums an Serbien und der Behandlung von Greys Vermittlungsangebot nichts Unerhörtes mehr vorwerfen.

Der Streit um die Futterkrippe

In der „Kölnischen Volkszeitung" findet sich nachfolgende Beschwerde über das sozialdemokratische Futterkrippen-Monopol in Preußen, die eines Kommentars wohl nicht bedarf:

„Das preußische Kriegsministerium wurde bisher von einem Nichtsozialdemokraten verwaltet. Der Leiter desselben, Herr Reinhardt, ist dieser Lage zurückgetreten und seine Stelle wird nicht neu besetzt werden.

Das preußische Staatsministerium besteht jetzt also aus folgenden Herren: Eisenbahn: Oeser; Wohlfahrt: Stegerwald; Handel: Fischbeck; Justiz: Am Zehnhoff, also aus vier Mitgliedern der bürgerlichen Parteien. Ferner gehören ihm an: Inneres: Heine; Kultus: Haenisch; Landwirtschaft: Braun; Finanzen: Dr. Südekum, Ministerpräsident Hirsch, also aus fünf Mitgliedern, die der sozialdemokratischen Partei angehören. Im preußischen Staatsministerium stehen also nunmehr fünf sozialdemokratische vier bürgerlichen Ministern gegenüber. Von einer Koalitionsregierung kann man bei dieser Besetzung kaum noch reden. Eine Partei, die Sozialdemokratie, hat im preußischen Ministerium das Uebergewicht und ist in der Lage, bei allen Beschlüssen die bürgerlichen Parteien zu überstimmen.

Daß das ein unerträglicher Zustand ist, wird auch die Sozialdemokratie nicht leugnen können. Um so unbegreiflicher erscheint es, daß nicht sofort nach dem Rücktritt Reinhardts ein Minister ohne Portefeuille aus den bürgerlichen Parteien der Koalitionsregierung zugesellt wurde. Der bisherige Zustand darf nicht andauern, wenn das Vertrauen zur Koalitionsregierung nicht in den weitesten Kreisen erschüttert werden soll.

Dieses Vertrauen wird durch weitere Maßnahmen der preußischen Regierung kaum zu ertragenden Belastungsproben unterzogen. Mit Befremden sieht und hört man es, mit welcher Eile Regierungsposten mit sozialdemokratischen Bewerbern besetzt werden, welche Schwierigkeiten es dagegen anscheinend macht, auch den anderen Kontrahenten der Regierung, dem Zentrum und der Demokratie, leitende Stellungen zu übertragen. Gewiß, in Westfalen wurde ein Angehöriger der Zentrumspartei zum Oberpräsidenten ernannt, aber die Sozialdemokratie sorgte dafür, daß sie selbst in der Regierung Westfalens nicht zu kurz kommt. Ihren Staatskommissar Severing, den sie zur Schlichtung von Unruhen in der Arbeiterbevölkerung eingesetzt hatte, beläßt sie weiter in seinem Amt, obgleich die Unruhen längst beseitigt sind. Der sozialdemokratische Staatskommissar in Westfalen bleibt trotzdem im Amt und darf seine Macht unumschränkt unter dem Schutze des preußischen Ministeriums ausüben.

Aber nicht nur in Westfalen, auch in anderen Landesteilen ist die Sozialdemokratie durch Staatskommissare ihrer Partei im Besitz ihrer Regierungsgewalt. Oberschlesien, Ost- und Westpreußen haben sozialdemokratische Staatskommissare, während nur das Rheinland in der Person des Herrn von Starck einen den bürgerlichen Parteien zuzuzählenden Staatskommissar besitzt. Ist eine derartige Imparität zu ertragen? Wir verfolgen durchaus nicht die Absicht, unter den obwaltenden Verhältnissen der Sozialdemokratie das Recht abzusprechen, in angemessener Weise an der Regierungsgewalt beteiligt zu sein. Grundsätzlich räumen wir ihr das Recht ein, auch hervorragende Regierungsstellen mit Angehörigen ihrer Parteirichtung zu besetzen, wenn die nötigen Qualitäten bei den betreffenden Bewerbern vorhanden sind. Aber mit allem Nachdruck muß dafür eingetreten werden, daß auch den übrigen Regierungskontrahenten dieses Recht in vollem Maße zuteil werde. So wie bisher kann es nicht weitergehen, wenn eine Koalitionsregierung nicht in ihren Grundfesten erschüttert werden soll."

Namen nennen!

In einer an das Urteil im Münchener Geiselprozeß anknüpfenden Auseinandersetzung mit der „Kreuzzeitung" schreibt der „Vorwärts":

„Wir erinnern uns noch mit Vergnügen der zahlreichen reaktionären Offiziere, Beamten, Redakteure und Politiker, die damals winselnd zu uns gelaufen kamen und uns mit gerungenen Händen um unseren Schutz anflehten, weil ihr so böses Gewissen sie für ihre Sicherheit zittern ließ. Wir haben ihnen damals lachend versichert, daß ihnen niemand ein Haar krümmen würde, und so ist es geschehen."

Wir fordern, so schreibt die „Dtsch. Tagesztg.", den „Vorwärts" hiermit in aller Form auf, die reaktionären Offiziere, Beamten, insbesondere aber Redakteure und Politiker, die nach seiner Behauptung nach der Revolution seinen Schutz angerufen haben, mit Namen zu nennen. Tut er das nicht, dann erklären wir seine Behauptung für das, was sie nach unserer Ueberzeugung von vornherein ist: einen dreisten Schwindel!

Der Streik in der Metallindustrie

Berlin, 22. Sept.

Die Zahl der Betriebe, in denen Teilstreiks herrschen, hat sich weiterhin vergrößert. So ist die Arbeiterschaft der Firma Richard Weber, die es am Freitag voriger Woche abgelehnt hatte, in den Streik zu treten, am Sonnabend plötzlich anderer Ansicht geworden und hat sich dem Ausstand angeschlossen. Damit ist die Zahl der bestreikten Betriebe auf 15 angewachsen. Im Laufe des heutigen Tages sollen noch Betriebsversammlungen stattfinden. Zu endgültigen Abstimmungen dürfte es allerdings heute noch nicht kommen.

Drohender Streik

(Von unserem hi-Sonderberichterstatter.)

Hamburg, 22. Setpember.

Der Seemannsbund nahm in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung Stellung zum Streik der Hafenarbeiter und Seeleute in Bremen und den Weserorten und beschloß, in den Sympathiestreik für die Bremer Kollegen einzutreten.

Ferner wurde die Forderung auf Schaffung einer neuen Seemannsordnung gestellt.

Versailles, 22. September.

Nach einer Depesche des „Excelsior" aus Metz haben die Bergarbeiter von Lothringen gestern beschlossen, heute vormittag in den Streik zu treten.

*

Zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

Berlin, 22. Sept.

Die Kommission für den Aufbau der französischen Bergwerke und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs werden morgen bzw. am 25. Sept. ihre Besichtigungkreisen antreten. Die Bergwerkskommission reist in zwei Gruppen, von denen jede drei Tage unterwegs sein wird. Fünf deutsche Sachverständige gehören jeder Gruppe an. Die Kommission für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete besteht aus vier Gruppen deren jeder vier deutsche Sachverständige angehören.

Das Schicksal Galiziens

Versailles, 22. September.

Nach dem „Echo de Paris" hat der Fünferrat sich mit der galizischen Frage beschäftigt. Die Bevölkerung besehe nur zu 40 Prozent aus Polen. Die Konferenz habe deshalb entschieden, daß Galizien als autonome Provinz durch ein internationales Statut einstweilen Polen angegliedert werden solle, daß aber später eine Volksabstimmung endgültig über das Schicksal Galiziens entscheiden werde.

Deutschnationale Kundgebung

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Köln, 22. September.

In einer Wahlversammlung gab der erste Redner der Deutschnationalen Volkspartei, Rechtsanwalt Dr. Hummelsheim, folgende Erklärung ab:

„Wir sehen die Monarchie als die für Deutschland am besten, geeignete Staatsform an, aber wenn sie zurückkommen sollte, darf sie nicht gestützt sein auf Bajonette, sondern getragen von deutschen Bürgern. Wiedereinführung im Wege des Putsches lehnen wir entschieden ab. Wir stehen auf dem Boden der von der Nationalversammlung geschaffenen Verfassung und sind bereit, so lange sie nicht auf verfassungsmäßige Weise geändert wird, für Deutschlands Volkswohl mitzuarbeiten.

Rebellierende Regierungs-Sozialisten

Tilsit, 21. September.

In der Mitgliederversammlung der Rechtssozialisten in Tilsit, die am Donnerstag abend stattfand, wurde eine Entschließung angenommen, worin die Rechtssozialisten Tilsits dem Reichswehrminister Noske ihr Mißtrauen aussprechen. Weiter wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 18. September abgehaltene Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Ortsverein Tilsit, ersucht Magistrat und Stadtverordnetenversammlung, die Reichsregierung telegraphisch aufzufordern, keine neuen Truppen nach Tilsit zu verlegen. Sollte die neu angekündigte Batterie Artillerie oder der Stab von der Goltz eintreffen, so wird die Tilsiter Arbeiterschaft mit allen Mitteln den Einzug dieser Truppen zu verhindern suchen. Die Tilsiter Arbeiterschaft würde den Generalstreik erklären und die Arbeit nicht früher wieder aufnehmen, bis Tilsit wieder frei ist."

Diese Entschließung wurde in der gestrigen Stadtverordnetensitzung in Tilsit mit 18 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Die wirtschaftlichen Pläne gegen Deutschland

Das politische Notizbuch des englischen Gouverneurs von Libau aufgefunden

Der englische Militärgouverneur von Libau, Oberstleutnant Roman Robinson, war vor einigen Tagen bei einem Fluge genötigt, eine Notlandung auf litauischem Gebiete vorzunehmen. Bei dieser Gelegenheit verlor er sein Notizbuch, das nach dem Abflug des Flugzeuges gefunden wurde und ich bei näherer Prüfung als ein Tagebuch, eine klare und interessante Uebersicht über die dem Oberstleutnant zuteil gewordenen Instruktionen seiner Regierung erwies.

Aus den Aufzeichnungen des Oberstleutnants Robinson wird, nach der „Berl. Börsen-Ztg.", deutlich erkennbar — was freilich den Eingeweihten schon lange bekannt war —, daß das Verhältnis der Alliierten zumindest in den ehemalig russischen Randstaaten ein sehr wenig freundschaftliches ist und auch sein muß, weil die Interessen der Engländer und Franzosen allzu schroff divergieren. Nach den Notizen Robinsons war ihm von seiner Regierung die besondere Aufgabe zugewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß die französische Militärmission, deren Zentrale Warschau ist, ihren Einfluß nicht auf die nördlichen Randstaaten ausdehnen könne. Durch englische Offiziere ist, nach dem Notizbuch Robinsons, ein weitverbreitetes Spionagenetz über alle Randstaaten gezogen worden und dafür Sorge getragen, daß alle Fäden in englischer Hand zusammenlaufen. Das Notizbuch enthält auch Einzelheiten über den Plan, zur Sicherung des englischen Einflusses die deutsch-russischen Formationen aus Lettland, unbekümmert um die drohende Bolschewistengefahr, nach Diesel abzutransportieren. Schließsprechen sich die Aufzeichnungen auch offen darüber aus, daß die englische Regierung ihre Hauptaufgabe darin erblickt, die Ausfuhr Deutschlands nach Litauen und dem Baltikum zu unterbinden, und ihren Offizieren und Beamten in den Randstaaten dahingehende Aufträge erteilt hat.

Ein D-Zug verbrannt. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich auf dem Bahnhof Hattern: Der D-Zug 91 Köln—Altona fuhr bei der Durchfahrt auf eine Rangierabteilung. Wie die Eisenbahndirektion in Münster meldet, wurden hierbei fünf Post- bzw. Bahnbedienstete durch Verbrennen getötet. Schwer verletzt sind ein Postbeamter und der Lokomotivführer des Güterzuges, zu dem die Rangierabteilung gehörte. Leicht verletzt sind elf Bahn- bzw. Postbeamte. Der ganze D-Zug wurde ein Raub der Flammen. Von den Fahrgästen des stark besetzten Zuges haben etwa fünf leichtere Verletzungen davongetragen.

Das Ende der roten Hose. Ein Erlaß des französischen Kriegsministers bestimmt, daß die alte französische Uniform, namentlich die rote Hose, endgültig abgeschafft und durch die jetzige graublaue Felduniform ersetzt wird.

Reichsarbeiterausschuß. Man schreibt uns: Unter Vorsitz des Arbeitersekretärs Hartwig hat sich im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei ein Reichsarbeiterausschuß gebildet, der es sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Interessen der Arbeiterschaft und ihre berechtigten Forderungen zu vertreten. Er bestrebt sich, in allen Landesverbänden der Deutschnationalen Volkspartei Ortsausschüsse zu bilden. Es kommt vor allen Dingen darauf an, daß in allen Volkskreisen und in allen Organisationen diejenigen Arbeiter, die sich bei den letzten Wahlen in deutschnationalem Sinne betätigt haben, auch wirklich erfaßt werden. Erwünscht ist, daß deutschnational gesinnte Arbeiter ihre Adressen dem Landesverbänden mitteilen. Soweit sie das nicht tun wollen, werden sie gebeten, dieselben an den Reichsarbeiterausschuß, Berlin SW. 11, Bernburger Straße 24, gelangen zu lassen. Sie werden dann dem zuständigen Landesverbande übermittelt.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

50] **Roman von Artur Brausewetter.**

Dann geht er auf die verschiedenen Argumente des Staatsanwalts ein — eins nach dem andern nimmt er vor, beleuchtet es einige Augenblicke mit trefflich gewählten Worten und zerpflückt es dann, daß es vor den Augen der atemlos lauschenden Zuhörer wie in Nichts zerfällt. „Und dennoch", fährt er nun mit einer Stimme fort, in der Sarkasmus und Zorn um die Oberhand streiten, „dennoch hält der Staatsanwalt die Angeklagte für schuldig, hält sie für schuldig all den Ereignissen zum Trotz, die dieser Prozeß in seinem letzten Verlauf gezeitigt.

Denn ich wenigstens meine — wir sind den Spuren des Mörders so ferne nicht mehr — ich meine, die Vernehmung eines der Zeugen hat Resultate gezeitigt, die gewiß einen jeden hier im Saale mit Erstaunen und Entsetzen erfüllt haben.

Meine Herren! Ganz Seewald hat bis zu diesem Tage in fieberhafter Erregung nach dem Messer gesucht, mit dem der fürchterliche Mord vollführt ist.

Endlich ist dieses Messer gefunden.

Bei wem ist es gefunden?

Bei demselben Manne, der bereits wegen Diebstahls zwei Monate Gefängnis im Sommer abgebüßt hat, demselben Manne, den eine einwandsfreie Zeugin hier mit Sicherheit als denjenigen wiedererkannt hat, der im Nachbarhause einen Einbruchsversuch gemacht hat — in der Nacht gerade, da der Mord geschehen — bei demselben Mann, der hier vor uns gestanden, dem es trotz aller seiner Mühe nicht gelungen ist, sein Alibi in jener verhängnisvollen Nacht nachzuweisen.

Und dieser selbe Mann, meine Herren Geschworenen, hat hier vor uns allen gestehen müssen, daß ihm das Messer zu eigen sei, mit dem der Mord ausgeführt ist.

Er hat uns da, nachdem er sich in unlösliche nur gegen ihn zeugende Widersprüche verwickelt hat, einen ganzen Roman von dem Messer zum Besten gegeben, an den von uns allen, ihn selber eingeschlossen, nur ein einziger glaubt — nämlich der Herr Staatsanwalt.

Und nun, meine Herren — ich habe schon viele Prozesse mitgemacht, ich halte mich nicht für unerfahren in kriminalistischen Dingen, so bescheiden ich sonst auch über mich denke, aber hier reicht mein Verstand nicht aus — nun seien Sie so gut, helfen Sie mir das Rätsel lösen. Wie ist es möglich, ja, wie denkbar nur, daß dieser Mann, auf den als den Mörder alles hinweist, der nichts, absolut gar nichts zu seiner Rechtfertigung anführen kann, daß dieser Mann noch nicht verhaftet ist, daß man trotzdem und alledem auch jetzt noch die Anklage erhebt gegen dieses unschuldige Weib, diese beklagenswerte Märtyrerin! — Stellen Sie den Dachdecker Hock und dieses Mädchen zusammen! Sie haben zu wählen — in Ihre Hände ist die Entscheidung gelegt.

Eins noch zum Schlusse, meine Herren! Jeder Mensch, der nicht wahnsinnig ist, tut doch, was er tut, aus irgend welchen faßbaren möglichen Beweggründen heraus. Das wenigstens hat sogar der Herr Staatsanwalt anerkannt. Er fragt, welche Beweggründe solle der Mörder, und wäre es der Dachdecker Hock, gehabt haben, um einen Kranken zu ermorden?! Gut! Meine Herren — ich frage Sie: Welche Motive in aller Welt sollten die Angeklagte zu einem so furchtbaren Morde getrieben haben?!

Sie hat den armen Idioten geliebt wie ihn nie ein Mensch geliebt hat, auch seine Mutter nicht einmal — sie hat ihn gepflegt, gehegt wie ihr teuerstes Gut — wie sollte sie ihn morden?! — Oder mordet man auch aus Liebe?! Selbst der Herr Staatsanwalt wird mir die Frage nicht beantworten können.

Denken Sie, meine Herren, an die einzige rührende Treue dieses Mädchens dem gegenüber, der allein dastand auf der Welt und niemand hatte, der sich seiner annahm und ihn pflegte. Denken Sie an die Seelenqual, in der vor Ihnen hier lange bange Tage hindurch dieses Mädchen gestanden, angeklagt des schimpflichsten Mordes an dem, der ihr wie ein treuer Sohn gewesen, mit dem sie ihre Armut teilen wollte in der dürftigen Heimat — denken Sie an den ergreifenden Augenblick, wo sie hier vor Ihnen lag wie ein Lamm auf der Schlachtbank, oder an jenen, da sie, erschöpft vor Mattigkeit und Schmerz, ohnmächtig hier zusammensank — werden Sie das Herz haben, sie zu verurteilen?! Ich hätte es nicht — bei Gott im Himmel nicht! Genug — ich bin am Ende! Der Spruch, den Sie jetzt zu fällen haben, wird nicht verhallen und verrauschen — heut und gestern! Eintreten mit allen Erhebungen und Anschuldigungen wird dieser Prozeß und dieser Spruch in die unvergänglichen Annalen der Weltgeschichte. Der Gott aber da oben, der die Angeklagte nicht verlassen wird, der wird in der entscheidenden feierlichen Stunde Ihre Herzen lenken, daß Sie erkennen und tun, was wahr und billig und recht vor Gott und dem Gesetze der Menschen!"

Die Rede hat einen gewaltigen Eindruck geübt auf alle. —

Nur auf zwei Personen in dem ganzen Saale scheint sie völlig wirkungslos geblieben zu sein: die eine ist die Angeklagte, deren gebeugte Haltung während der Worte des großen Verteidigers regungslos geworden ist, so daß das Statuenartige, das in den verschiedenen Phasen des Prozesses aus ihrer Erscheinung sprach, nie so zum entscheidenden Ausdruck kam als gerade jetzt.

Der andere ist der Staatsanwalt, der während der ganzen Zeit auch nicht ein einziges Mal von seinen Akten aufgesehen, und der selbst nicht bei den vielen Momenten, da die Worte des Verteidigers auf ihn persönlich zielten, durch irgend eine Bewegung seine entgegengesetzte Meinung oder gar eine Spur von Unwillen zeigte.

Nur jetzt, als er sich erhob, um seine Replik zu halten, ist der Ernst auf seinen bleichen Zügen noch viel strenger, jenes unerbittliche Etwas, das aus den großen grauen Augen spricht, noch unversöhnlicher geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909231-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 23 September.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

Stadtverordneten-Vorsteher Hennig eröffnet die Sitzung und gibt zunächst eine Reihe von Eingängen bekannt. Das Gesuch des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten um Beschaffung von Heizungsmaterial für den Winter wird dem Haushaltsausschuß überwiesen. Der Vorstand der Ortsgruppe Halle des Verbandes der Gewerbetreibenden bittet den Magistrat, daß diesjährige Osterbermarkt auf eine Woche ausgedehnt wird. Das Gesuch wird dem Petitionsausschuß zur Vorberatung überwiesen. Des weiteren liegt eine Eingabe der Gemeindevorstehe von Nietleben, Lieskau, Brachwitz und Schiepzig vor, in der darüber Beschwerde geführt wird, daß von der Verwaltung der Halle-Gettstedter-Eisenbahn für die Beförderung der Fahrgäste, die die Bahn aus beruflichen Interessen benutzen, nicht gesorgt wird. Der Vorsteher schlägt vor, sich der Eingabe anzuschließen. Der Vorschlag wird vom Stadtv. Osterburg (Nlnbh.) unterstützt. Alsdann teilt der Vorsteher mit, daß der Magistrat dem Beschlusse der Stadtverordneten vom 25. Juli, die Forderung der Straßenbahner auf Nachzahlung der Zulage im Februar und März nicht zugestimmt hat. Ferner verwahrt sich der Magistrat in einem Schreiben gegen die Eingaben, die Stadtv. Hildebrandt in der Sitzung vom 25. Juli gegen die Polizeiverwaltung getan hat. Hierzu gibt Stadtverordneter Hildebrandt (Unabh.) folgende Erklärung: Ich möchte erklären, daß ich meine Ausführungen zurücknehme. Die Angelegenheit ist durch meine Unterredung mit Herrn Kommissar Unger erledigt. Oberbürgermeister Rive: Ich halte auch die Angelegenheit auch für erledigt.

Es liegt ferner noch ein Antrag der Frau Krüger und Genossen über Kommunalisierung des gesamten Hebammenwesens in Halle sowie ein Dringlichkeitsantrag Kleeis (Soz.), in dem eine bessere Milchversorgung gefordert wird, vor. Die beiden Anträge werden bis zur Erledigung der Tagesordnung zurückgestellt.

Es wird alsdann in die Tagesordnung eingetreten, auf die als erster Punkt die

Errichtung von Wohnbaracken

steht. Der Magistrat hat den Antrag eingebracht, daß zur Linderung der Wohnungsnot Holzbaracken auf dem Steinlagerplatz an der Berlinerstraße gebaut werden sollen. Die Errichtung von 20 Baracken mit zusammen 20 Wohnungen würde einen Geldaufwand von 225 000 Mark erfordern.

Zu diesem Antrage führt Stadtv. Balle (Dem.) aus: Von der Stadt Halle ist zur Linderung der Wohnungsnot sehr viel getan worden. Auch der Magistrat hat nach dieser Richtung hin alle Schritte getan. Für den vorliegenden Antrag hat sich der Gemeinwohnungsausschuß entschieden ablehnend ausgesprochen mit der Begründung, daß sich bei einem derartigen Kostenaufwand mit bessere Wohnungen schaffen ließen. Im Namen des Kleinwohnungsausschusses muß ich sie bitten, den Vorschlag abzulehnen. Persönlich halte ich es für notwendig, daß diese Baracken gebaut werden, und nach meinem Dafürhalten werden es nicht die letzten Baracken sein, die die Stadt Halle bauen muß. Vielleicht läßt es sich aber ermöglichen, daß diese Baracken für Bürozwecke benutzt und andererseits Büros für Wohnzwecke frei gemacht werden. Wir müssen eben in Halle alles tun, um die Wohnungsnot zu beheben. Ich glaube nicht, daß viele von Ihnen die Verantwortung für die Ablehnung des Antrages übernehmen wollen. Dauerwohnungen zu bauen geht heute nicht so schnell, wie Baracken zu bauen. Auch die Siedelungspläne, von denen man jetzt viel hört, haben nach meiner Ansicht wenig Aussicht auf Verwirklichung. Die Mittel, die das Reich dazu bewilligt hat, sind bereits verbraucht. Vielleicht wird vom Reiche noch in diesem Zweck ein kleiner Betrag gewährt, im übrigen wälzt es diese Sorgen auf die Kommunen ab. Im Namen des Kleinwohnungsausschusses muß ich Sie um Ablehnung des Antrages bitten, für meine Person trete ich für ihn ein.

Stadtv. Hoë (Dem.) beantragt, die Vorlage dem Bauausschuß zu überweisen.

Stadtv. Günther (Unabh.): Zweifellos ist die Wohnungsnot in Halle groß. Am 1. Oktober werden etwa 1 500 Umzüge in Halle stattfinden. Aber der größte Teil der Mieter wird bereits eine neue Wohnung gefunden haben. Allerdings werden einige Familien obdachlos bleiben. Gleichwohl halte ich den Plan der Errichtung von Holzbaracken nicht für richtig, zumal dadurch nur 20 Wohnungen geschaffen werden bei einem Kostenaufwand von ½ Million. Außerdem würden diese Wohnungen bis zum 1. Okt. wo sie gebraucht werden, noch nicht beziehbar sein. Mir schweben andere Wege vor. Wenn wir im Oktober vor die Frage gestellt werden, Wohnungen schaffen zu müssen, können wir diese schaffen, indem wir große Wohnungen, in denen nur wenige Mieter wohnen, heranziehen? Die Rechtsfrage, inwieweit wir diese Wohnungen zwangsweise belegen können, ist freilich noch nicht geklärt. Ich appelliere aber an das patriotische Empfinden der betreffenden, daß sie ihre Wohnungen zur Verfügung stellen. Andererseits trete ich für den Gedanken des Herrn Balle, die Holzbaracken für Büroswecke einzurichten, ein.

Stadtv. Winner (Dem.) schlägt gleichfalls vor, den Antrag dem Bauausschuß zu überweisen.

Stadtv. Knauthe (Unabh.): Ich bin nicht der Meinung, daß alle Maßnahmen zur Linderung der Wohnungsnot getroffen sind. München z. B. hat Säle und sonstige große Räume frei gemacht, so daß dort 8400 Leute untergebracht werden konnten. Andere Städte gehen damit um, den Wirtschaften die Konzession zu entziehen und sie als Wohnungen einzurichten. Ich möchte ferner daran erinnern, daß verschiedene Villenbesitzer in Halle die Absicht haben, ihre Grundstücke zu verkaufen. Die Stadt könnte für 250 000 Mk. mit Leichtigkeit 2 Villen kaufen und in ihnen gut 20 Familien unterbringen. In München ist es ferner möglich gewesen, auch die Kasernen frei zu machen. Wenn von den Stadtverordneten und dem Magistrat energische Maßnahmen getroffen würden, so würde sich sicherlich auf dem Gebiete der Wohnungsnot mehr erreichen lassen. Ich bitte, den Vorschlag des Barackenbaues abzulehnen und dem Magistrat zu empfehlen, auf andere Weise für 20 Familien Unterkunft zu schaffen.

Stadtv. Vollbracht (Soz.) erklärt, daß es in Halle eine Reihe großer Villen gäbe, die sehr wohl als Kleinwohnungen eingerichtet werden könnten.

Stadtv. Frl. Dr. Lange (Dem.): Es fehlt uns die gesetzliche Handhabe, die Inhaber von Büroräumen zu zwingen, diese als Wohnungen freizugeben, sofern sie bereits vor dem 1. Oktober 1918 als Büroräume benutzt werden. Was den Vorschlag auf Freigabe der Kasernen zu Wohnzwecken anbelangt, so haben wir nach dieser Richtung hin mit den zuständigen Stellen Verhandlungen gepflogen. Aber es ist der glaubwürdige Nachweis erbracht worden, daß die Kasernen noch gebraucht werden. Wir wollen auch Schulen als Wohnungen einrichten, aber dieser Versuch ist an dem Widerspruch der Schulverwaltungen gescheitert. Wir haben ferner versucht, den Zuzug nach Halle zu verbieten und haben wenigstens erreicht, daß das Wohnungsamt neu hinzuziehenden Familien keine Wohnungen mehr anweist, sondern ihnen anheim stellt, sich die Wohnungen selbst zu suchen. Nun zur Frage der Zwangseinquartierung. Wir haben in Halle insgesamt 45 000 Groß- und Mittelwohnungen, Wohnungen von 6 Zimmern und mehr rund 4000; dabei sind alle Mansarden und Bodenräume einbegriffen. Für eine Zwangseinquartierung sind eigentlich nur Inhaber von 8 und mehr Zimmer-Wohnungen heranzuziehen; deren gibt es in Halle 1822. Wir sind an die Inhaber dieser Wohnungen herangetreten und haben das größte Entgegenkommen gefunden. Auf diesem Gebiete ist also nicht mehr viel zu erreichen. Wenn nun die Wohnungsbaracken anbelangt, so wollen wir, daß in ihnen einzelne Familien nur vorübergehend Unterkommen finden. Die Baracken sollen nur für den äußersten Notfall vorhanden sein. Ich bitte Sie dringend, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. Frau Krüger (Unabh.) beantragt, daß die Stadtverwaltung den Reichswohnungskommissar in Berlin ersucht, Halle als Notstandsbezirk zu erklären und die Zwangseinquartierung zu fordern.

Stadtv. Albrecht (Unabh.): Ich habe bereits im Haushaltsausschuß gegen den Barackenbau gesprochen. Wer wird es denn sein, der in die Baracken gesteckt wird? Doch nur Arbeiter und minderbemittelte Leute. Ich habe darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Kasernen zu beschlagnahmen. Wir brauchen sie ja gar nicht mehr, da wir nur ein Heer von 100 000 Mann unterhalten dürfen. Wollen wir etwa Polizeitruppen hineinstecken? Dann haben wir alle Arbeiter gegen uns vorzugehen. Außerdem glaube ich, daß wir ein Recht haben, die Kasernen zu beschlagnahmen, da wir der alten Regierung den Grund und Boden für die Kasernen nur vermietet haben. In der Artilleriekaserne könnten allein über 100 Familien untergebracht werden. Ich bitte den Antrag abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, bei der Regierung energisch vorstellig zu werden, daß die Artilleriekaserne für Wohnzwecke zur Verfügung gestellt wird.

Stadtv. Breischneider: Auch nach meiner Ueberzeugung muß sich der Bau von Holzbaracken vermeiden lassen. Es sind in letzter Zeit mehrere große Hotels in Halle verkauft worden; über den Verkauf des „Wettiner Hofes" wird noch verhandelt. Diese Hotels könnten von der Stadt angekauft und als Wohnung eingerichtet werden.

Stadtv. Wilke (Soz.) führt aus, daß es in Halle noch Wohnungen gäbe, die teilweise nur von einem Mieter bewohnt würden. Eine Heranziehung der Schulen für Wohnzwecke lehnt er entschieden ab. — Stadtv. Kürbs (Unabh.) schlägt vor, das Militär auf das Land auszuquartieren, um die Kasernen frei zu bekommen.

Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrags Hoë, die Angelegenheit dem Bauausschuß zu überweisen. Betreffs des Antrages der Frau Stadtv. Krüger, beim Reichswohnungskommissar vorstellig zu werden, Halle als Notstandsbezirk zu erklären, wird von seiten des Magistrats mitgeteilt, daß ein dahingehender Antrag bereits gestellt sei.

Unterm 10. März 1910 sind zwischen der Stadtgemeinde und den betr. Grundstückseigentümern Verträge über den Ausbau der Flottwellstraße zwischen Beesener und Liebenauer Straße, der projektierten Straße 4 zwischen Beesener Straße und projektierten Straße 5, der projektierten Straße 5 zwischen Flottwell- und Lutherstraße, der Jonasstraße zwischen Flottwell- und Lutherstraße, und der Jonasstraße zwischen Nickel-Hoffmannstraße und Flottwellstraße abgeschlossen worden. Die Stadtgemeinde hat sich damals verpflichtet, den Ausbau der Straßen gegen eine von den Grundstückseigentümern zu zahlende feste Summe zu bewirken. Unmittelbar nach Abschluß des Vertrages wurde die Flottwellstraße zwischen Beesener und Liebenauer Straße gegen Zahlung der betreffenden Abfindungssumme ausgebaut. Der Ausbau der übrigen Straßen sollte spätestens sechs Jahre nach Vertragsabschluß bewirkt werden. Während des Krieges mußte der Ausbau dieser Straßen unterbleiben. Nunmehr haben die Grundstückseigentümer die Aufhebung der Verträge vom 10. März 1910, soweit sie sich auf die noch nicht ausgebauten Straßen beziehen, beantragt. Die Stadt hat ein pekuniäres Interesse an der Aufhebung der Verträge. Andererseits sind die Grundstückseigentümer an dieser Aufhebung insofern besonders interessiert, als in absehbarer Zeit keine Aussicht für den Verkauf der Baustellen besteht. — Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

Die Anträge auf Bewilligung eines Witwengeldes, sowie von Beiträgen für die Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und für die Prüfungsanstalt für Heizungs- und Lüftungseinrichtungen werden genehmigt. Desgleichen wird dem Thüringisch-Sächsischen Geschichtsverein anläßlich der Feier seines hundertjährigen Bestehens eine Beihilfe von 1000 Mark bewilligt.

Eine längere Debatte entspinnt sich über den Antrag betreffs Verstärkung der Feuerwehr. Die Feuerdeputation fordert eine vorläufige Verstärkung der Feuerwehr vom 1. Oktober an um 12 Mannesstellen, und zwar um 1 Feldwebel, 1 Oberfeuerwehrmannsstelle sowie 10 Feuerwehrmannstellen. An jährlichen Gesamtkosten entstehen dadurch 46 000 M., für das laufende Rechnungsjahr rund 23 000 M. Am Schluß seiner Berichterstattung beantragte Stadtv. Albrecht (Unabh.), daß in Zukunft die Unternehmen, die Feuerschutz beanspruchen, die Kosten hierfür selbst tragen und daß weiterhin bei der städtischen Feuerwehr militärische Bezeichnungen, wie Feldwebel usw., in Wegfall kommen.

Stadtv. Kürbs (Unabh.): Ich kann mich mit diesem Antrage nicht befreunden, vor allem, was die Besetzung einer Feldwebelstelle anbelangt, die bisher noch gar nicht bestanden hat. Es ist auch nicht notwendig, daß bei den zwölf Feuerwehrleuten ein Feldwebel und ein Oberfeuerwehrmann dabei sein sollen. Ich kann nur dafür eintreten, daß diese zwölf Stellen lediglich von Feuerwehrleuten besetzt werden. Bei der jetzigen Besetzung kann auf fünf Feuerwehrleute ein Vorgesetzter. Ich bitte Sie daher dem Antrage in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen.

Stadtrat Murm führt aus, daß das Vorgesetztenverhältnis bei der städtischen Feuerwehr durchaus nicht so stark betont würde, daß es aber andererseits im Interesse der Feuerbereitschaft Vorgesetzte geben müsse.

Stadtv. Osterburg (Unabh.) tritt für den Antrag Kürbs ein, der aber bei der schließlichen Abstimmung abgelehnt wird.

(Schluß folgt.)

Kilians Hungerstreik — reiner Schwindel

Vor einigen Tagen brachte das „Volksblatt" einen Artikel, der dazu dienen sollte, die „Volksblatt"-Leser in geradezu gemeingefährlicher, schamloser Weise zu verhetzen. „Genosse Kilian im Hungerstreik." Ein Sympathiestreik mit seinen unabwendbaren Folgen sollte in Szene gesetzt werden und der angebliche Hungerstreik Kilians bot den sparkatistisch-unabhängigen Elementen willkommenen Anlaß zu einer verbrecherischen Hetze. Es ist geradezu auffallend, wie sofort das Volksblatt von Kilians Hungerstreik in Kenntnis gesetzt wurde, während sonst niemand davon etwas erfuhr. Das Ganze ist, wie sich jetzt herausstellt, eine Mache von Kilian und seinen Genossen.

Dem im Gefängnis am Kirchtor „Schmachtenden Genossen Kilian" geht es sehr gut. So ausgezeichnet lebt dieser Herr, daß er sogar auf die Gefangenenkost verzichten kann, da er von seinen Freunden reichlich mit Lebensmitteln versorgt wird. Das ist der ganze Hungerstreik. Der Arbeiterschaft aber wird vorgelogen, daß Kilian am Verhungern sei, um sie, die des ewigen Streikens müde sind, von neuem aufzuhetzen.

Dem Staatsanwalt und dem Untersuchungsrichter, die mit der Voruntersuchung betraut sind, wird vorgeworfen, sie führten das Untersuchungsverfahren gegen Kilian und Genossen sehr lau und zögen es in die Länge. Demgegenüber sei festgestellt, daß beide Herren sich alle erdenkliche Mühe gegeben haben, die sehr umfangreiche Voruntersuchung zu beschleunigen. Es sind allein 85 Zeugen vernommen worden. Die Zeugenvernehmung war zum Teil sehr schwierig, da viele der Zeugen trotz mehrfacher Vorladungen überhaupt nicht erschienen. Die 132 Maschinenseiten umfassende Anklageschrift wurde bereits am 9. September fertiggestellt. Kilian mußte davon durch seinen Verteidiger unterrichtet sein. Das „Volksblatt" hat also jedenfalls eine bewußte Lüge veröffentlicht, wenn es noch vor einigen Tagen diese Tatsache ableugnete. Die Voruntersuchung zieht sich im Gegensatz zu dem Münchener Geiselprozeß darum so lange hin, weil es sich hier um ein ganz feines und verstecktes Intriguenspiel Kilians und seiner Genossen handelt, das sich von November bis März erstreckt, während in München die Tatsachen, die sich in wenigen Tagen abspielten, festgestellt werden mußten.

*

Die Hallesche Arbeiterschaft ist wie gestern bereits hier mitgeteilt wurde, aufgehetzt worden, Kilian zur Sympathie in einen eintägigen Streik zu treten. Die Abstimmung darüber soll heute, am Dienstag, stattfinden. Wie wir hören, ist ziemlich geringe Neigung für die Demonstration vorhanden. Ein bezeichnendes Gespräch hörte man gestern abend zwischen zwei Arbeitern vor dem Zeitungsaushang unserer Geschäftsstelle. „Lies mal," sagte der eine, „Sympathiestreik für Kilian!" — „Ach, Mensch, ooch noch! Warum fr . . . ißt er denn nicht? Ist doch seine Schuld!"

Deutschnationaler Volksverein Halle und Umgebung

Aus Kreisen unserer Anhänger erhalten wir in letzter Zeit zahlreiche Anfragen wegen einer Zeitschift „Der Hofnarr", für die von dem Eulen-Verlage G. m. b. H. in Berlin-Lichterfelde eine erhebliche Werbetätigkeit entfaltet wird. Wir haben deshalb Veranlassung genommen, uns mit dem Herausgeber der geplanten Zeitschrift, Herrn Hauptmann H., in Verbindung zu setzen, der uns folgende Mitteilungen gemacht hat:

1. Einzige Inhaber des Eulen-Verlages sind: eine Frau Salomon geborene Kolberg und ihre Tochter Hedwig Salomon.
2. Die Inhaberinnen des Verlages sind evangelische Christinnen.
3. Geschäftsführer des Verlages war der Ehemann bzw. Vater der vorgenannten Inhaber, der als solcher am 25. Juli im Handelsregister gelöscht worden ist. Herr Salomon ist ungetaufter Jude.
4. Der Herausgeber hofft, die erste Nummer der Zeitschrift, die als Monatsschrift geplant ist, Anfang November erscheinen lassen zu können. Es ist richtig, daß die Bezieher-Beiträge bereits jetzt eingezogen werden.
5. Der Herausgeber teilt mit, daß mit zwei namhaften Künstlern bereits Verträge wegen Uebernahme der schriftstellerischen und künstlerischen Leitung des neuen Blattes abgeschlossen seien.
6. Der Herausgeber versichert, daß das Blatt in nationalem Sinne geleitet werden soll und die Adressen der Bezieher nicht zu anderen Zwecken verwendet werden sollen.

Wir unterbreiten diese uns von Herrn Hauptmann H. gemachten Mitteilungen unseren Parteifreunden und bitten sie, dementsprechend ihre Stellung zu dem geplanten Blatte zu treffen. Die Parteileitung stehe dem Blatte völlig fern und hat erst durch die Presse von der beabsichtigten Gründung erfahren.

Keine Erhöhung der Gemüsepreise

Die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen teilt uns mit: In Anbetracht dessen, daß in vielen Teilen der Provinz Sachsen die Gemüsernte infolge übermäßiger Trockenheit außerordentlich schlecht ausgefallen ist, war die Landwirtschaftskammer bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst in Berlin um eine angemessene Heraufsetzung der Erzeugerhöchstpreise für Gemüse und im besonderen um die Erhöhung des Zwiebelpreises auf 13 Mk. für 1 Zentner eingekommen. Von der Reichsstelle ist jedoch der dahingehende Antrag mit der Begründung abgelehnt worden, daß die für das Gemüse zurzeit vorgesehenen Erzeugerhöchstpreise unter Berücksichtigung von Angebot und Nachfrage in ganz Deutschland festgesetzt worden seien. Da ihr Geltungsbereich sich auf das gesamte Reich erstrecken müsse, so sei die Genehmigung von besonderen Höchstpreisen für die Provinz Sachsen nicht angängig. Eine Erhöhung des Erzeugerhöchstpreises für Zwiebeln müsse abgelehnt werden, weil nach Anhörung von Sachverständigen kein Grund dafür vorhanden sei, mit ihm noch über den in den Lieferungsverträgen als Vertragspreis vorgesehenen Satz hinauszugehen.

Schwurgericht.

Plünderer.

In der ersten Sitzung am 22. September unter dem Vorsitze des Landgerichtsdirektors Krüger vertrat Erster Staatsanwalt Dr. Mosler die Anklagebehörde. Wegen schweren Landfriedensbruchs waren angeklagt: die Bergarbeiterin Selma Streifler, geb. 1894, und der Schmied Willi Körner, geboren 1898. Die Streifler ist voll geständig, am Morgen des 3. März gegen 8 Uhr mit ihrer Stiefschwester von Hause fortgegangen und zum Proviantamt in der Schmiedstraße gekommen zu sein. Hier haben sich beide in die plündernde Menge gemischt und aus einem Fasse mit Pökelfleisch verschiedene Stücke im Gewichte von etwa 10 Pfund genommen, um es für die Familie von zehn Köpfen zu verwenden. Auf dem Wege nach ihrer Wohnung wurden sie an der Augustastraße von Landesjägern verhaftet; das Fleisch wurde ihnen wieder abgenommen. Die Stiefschwester ist als Jugendliche bereits von der Strafkammer zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die heute Angeklagte wurde von den Geschworenen des schweren Landfriedensbruchs unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig gesprochen und vom Gericht zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre unter Anrechnung der Untersuchungshaft von 6 Monaten 2 Wochen verurteilt.

Körner ist am 15 April vom Schwurgerichte wegen schweren Landfriedensbruches zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Weil der damals gewählte Verteidiger Dr. Fackenheim aus Versehen nicht zur Hauptverhandlung geladen war, sondern nur der vom Gericht bestellte, so hatte der Verteidiger Revision angemeldet mit dem Erfolge, daß die Sache aus einem formellen Grunde an das Schwurgericht zurückverwiesen wurde. Der Angeklagte hatte am 2. März im „Mansfelder Hof" seine Verlobung gefeiert und war auf dem Nachhausewege mit seiner Braut bei Broskowski vorbeigekommen. Hier hatte ihn ein Mann von der sogenannten Sicherheitswehr eingeladen, einzutreten, und so ging denn der Angeklagte in den Vorraum des Kellers und nahm eine Kiste mit 25 Flaschen Wein an sich. Weil er gehört hatte, man hätte ihm nachgerufen, daß er geschossen habe, ging er am 7. März zur Polizei nach der Klosterstraße, um das Unrichtige der Behauptung darzutun, wurde hier aber gleich festgehalten und unter Anklage gestellt, nachdem bei einer Haussuchung die Sachen gefunden waren. Der Ange-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909231-12/fragment/page=0003

Klagte ist u. a. mit drei Jahren Zuchthaus vorbestraft, die er erst im vorigen Jahre verbüßt hat. Der Verteidiger war der Ansicht, daß die Vorstrafen nicht genügen sollten, dem Angeklagten mildernde Umstände zu versagen, wie es die Geschworenen am 15. April getan hatten, die 25 Flaschen Wein würden eine so schwere Bestrafung nicht rechtfertigen. Die Geschworenen bejahten auch jetzt wieder die Schuldfragen unter Versagung mildernder Umstände, worauf das Gericht auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust erkannte, vier Monate der Untersuchungshaft aber als verbüßt anrechnete.

— **Merkwürdiges Pech.** In einer der letzten Nächte wurde von der Polizei ein junger Mann festgenommen, der kleine Werbezettel der hiesigen Einwohnerwehr mit durchaus unpolitischem, sachlichem, einwandfreiem Inhalt an die Häuser klebte. Wenn das Ankleben von Zetteln neuerdings grundsätzlich unstatthaft ist, so läßt sich gegen die Festnahme nichts sagen. Man müßte aber der Polizei eine etwas glücklichere Hand in solchen Sachen wünschen. In selbiger Nacht ließen auch die Spartakisten wieder ihre berühmten aufreizenden Zettel an Schaufenster und Türen kleben. Deren Leute wurden zufälligerweise nicht gefaßt. Wir werden von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht, daß es sehr — bedauerlich ist, wenn — zufällig, wie gesagt — von zwei Sündern der kleinere, bzw. von zwei Schafen ausgerechnet das weiße erwischt wird.

— **Die Liga zum Schutze der deutschen Kultur** macht noch einmal auf den am Mittwoch abend um 8 Uhr im Vereinshause St. Nikolaus beginnenden vierten Aufklärungskursus aufmerksam, zu dem namhafte Redner mit allgemein interessierenden Themen gewonnen worden sind. Sämtliche Vorträge, an die sich jeweils eine allgemeine Besprechung anschließt, können von Arbeitern der Halleschen Firmen und Werke kostenlos besucht werden. Anmeldungen werden in der Liga, Leipziger Straße 5 II, angenommen. Näheres ist aus dem Inseratenteil der heutigen Nummer unseres Blattes ersichtlich.

— **Wohltätigkeitskonzert des Hilfsbundes der Vertriebenen aus Elsaß-Lothringen.** Vom prächtigsten Wetter begünstigt, ging die Konzertveranstaltung am Sonnabend vor acht Tagen in Bad Wittekind vor sich und verlief programmäßig und zur allgemeinen Zufriedenheit. Sie hatte, unter Abzug ziemlicher Unkosten, einen recht guten Erfolg, so daß 1183 Mk. dem Bankkonto der hiesigen Ortsgruppe für die vertriebenen Elsaß-Lothringer bei der Firma H. F. Lehmann von der Direktion des Zoologischen Gartens zugeführt werden konnten. Möge die Einwohnerschaft von Halle und Umgebung weiter in warmer Zuneigung dieses gute Hilfswerk fördern.

— **Zeitbilder der „V. Z."** Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus: Der Versailler Friedensvertrag mit den Unterschriften und Siegeln der amerikanischen und engl. Vertreter. Landwirtschaftliche Maschinenausstellung in Magdeburg. Kleiner Sturmwagen umgebaut als Zugwagen für Ackerpflüge und andere landwirtschaftliche Geräte. Willkommen in der Heimat, Ankunft der Heimkehrer aus englischer Gefangenschaft in Göttingen.

*

— **Zweiter Sonatenabend.** Von der Sonatenform Heinrich Bibers oder der gleichgesinnten Italiener zu der, wie sie unsere großen Klassiker pflegten und weiter ausbauten, ist ein weiter Schritt. Die eigentliche Entwicklung verläuft sogar den Boden des ursprünglich bevorzugten Streichinstruments und vollzieht sich auf dem Gebiet der Klaviermusik. Erst von hier wird der neu gewonnene Stil auf die Klavier-Violinsonate zurück übertragen und mit reicherem Inhalt versehen infolge der Klangmittel, die zur Verwendung kommen. Bahnbrechend für die neue Richtung ist Josef Haydn. Es war deshalb selbstverständlich, daß von ihm ein Werk in der aus der Literatur getroffenen Auswahl berücksichtigt wurde. Für den Konzertsaal ist die Sonate in F-dur kaum geschrieben worden. Sie ist ein liebenswürdiges Werk, das jedoch in seiner Wirkung nicht sonderlich tief geht. Anders verhält es sich schon mit der B-dur-Sonate von Mozart, die die Eigenart der beiden Instrumente viel entschiedener auswüst und köstliche musikalische Werte birgt. Beethoven verleiht der Duo-Sonate einen neuen Zug: Er prägt ihr bewußt einen konzertierenden Charakter auf und legt Wert auf virtuose Behandlung beider Instrumente. Sehr lehrreich in dieser Beziehung ist die berühmte Kreutzer-Sonate — op. 47 —, die den zweiten Abend beschloß. Ueber ihren wunderbaren Gehalt besteht kein Zweifel. Allein es gilt nicht zu übersehen, daß die Fülle herrlicher Gedanken in ungemein glänzender Tonsprache verkündet werden. Die Variationen und noch mehr das Presto stellen ganz gewaltige Anforderungen an die Fertigkeit der beiden Spieler. Für die Ausführung der drei Sonaten bewährte sich die Kunst von Kapellmeister Dr. Ernst Latzko und Konzertmeister Robert Reitz wieder außerordentlich. Die Stufe künstlerischer Vollendung, auf der sich ihr Spiel am ersten Abend bewegt hatte, wurde freilich nur im Presto der Beethovensonate erklommen, das mit feurigem Schwung vorgetragen, hellste Begeisterung entzündete. Aber auch in den beiden anderen Sonaten gelangte das gediegene Musiktum der Künstler zu voller Geltung. In der Natur der Sache lag es, daß dieses Mal noch deutlicher wurde, wie tadellos Dr. Ernst Latzko die Klaviertechnik beherrscht. In den Sonaten von Haydn und Mozart führte er den Klavierantzil sauber geglättet und geschmackvoll durch. Für Beethoven wandte er blendende Fingerfertigkeit auf; nur im Andante hätte er vielleicht weichere Tongebung bevorzugen sollen. Konzertmeister Reitz bot das Höchste in der Kreuzersonate, namentlich im Schlußsatz. Ueberhaupt hatte er sich sein Spiel gedanklich gut zurechtgelegt. Nur mangelte es wieder etwas an Süßigkeit des Tons, am auffälligsten in der Mozartsonate. Ausgezeichnet hatten beide Künstler ihr Zusammenwirken ausgeglichen. Dr. W. Kaiser.

Provinz Sachsen

Schulstreik in Gotha

o. Gotha, 22. Sept.

Fast sämtliche Schulen sind heute in den Schulstreik getreten. Die Eltern verlangen die Rücknahme des Religionserlasses und den Rücktritt des unabhängigen Generalschulinspektors Jacobi. Die entlassenen Schulinspektoren sollen wieder eingesetzt werden. Werden diese Forderungen nicht erfüllt, so wird Steuerverweigerung angedroht.

— **Naundorf b. Meideburg,** 22. Sept. (Bei den Schulgemeindewahlen) im Amtsbezirk, die am 21. September stattfanden, wurden die Vertreter des Bürgertums gewählt: Rentner Mackwitz, Molkereiinspektor Schulze, Gutsbesitzer J. Müller. Ein erfreuliches Zeichen der sozialen Beruhigung und der wiederkehrenden Selbstbesinnung.

d. **Halberstadt,** 20. Sept. (Das Kluswasserwerk.) das durch weise Voraussicht unserer städtischen Kollegien noch während der ersten Kriegsjahre gebaut und 1917 fertiggestellt ist, wurde gestern durch die Stadtverordneten unter Leitung des Direktors Zink besichtigt. Die Stadt hat durch den Bau des Werkes in den Jahren 1916/17 verschiedene Millionen erspart, die die Stadt heute mehr ausgeben müßte. So kostet allein das Meter Gußeisenröhren, von denen bis zur Stadt an 3½ Kilometer verlegt sind, heute 180 Mark, während damals 27,50 Mark bezahlt wurden. Schon an diesen Röhren ist rund eine Million gespart. Zum Bau selbst, der einschließlich der Maschinen mit ¾ Million Mark veranschlagt war, trotz der Kriegszeiten aber nur 691 000 Mark erfordert hat, haben teilweise Kriegsgefangene mitgewirkt. Da unser altes Holtemmenwerk die Versorgung der Stadt nicht mehr schaffte, mußte das neue Kluswerk dazugebaut werden. Es liefert täglich 5000 Kubikmeter Wasser und wird voraussichtlich die Stadt jahrzehntelang versorgen können.

t. **Quedlinburg,** 21 Sept. (Die neue Garnison.) Gelegentlich der Umgruppierung der Reichswehrbrigade 4 behält Quedlinburg zwei Bataillone Infanterie, ein Zug Artillerie, ein Zug Kavallerie und eine Minenwerferkompagnie, was der Stärke der Friedensgarnison entspricht. Zwei Kompagnien vom hiesigen 2. Bataillon und eine Batterie kommen nach Halberstadt, sowie eine Kompagnie Infanterie nach Bernburg. Dafür werden ein Jägerbataillon und ein Zug Kavallerie nach hier verlegt.

Aus Anhalt.

R. **Dessau,** 22. Sept. (Das Landesernährungsamt) setzte für die Zeit von jetzt bis zum Februar 1920 die wöchentliche Kartoffelration pro Kopf der Bevölkerung von 7 auf 9 Pfund herauf.

R. **Dessau,** 22. Sept. (Die U. S. V. Anhalts) nahm auf ihrer in Köthen tagenden Konferenz eine Entschließung an, in der den Ortsvereinen empfohlen wird, unverzüglich zum Programm der dritten Internationale Stellung zu nehmen, um auf dem kommenden Parteitag den Anschluß an die Internationale in Moskau zu fordern.

Aus Thüringen.

— **Greiz,** 22. Sept. (Der Verbandstag der Thüringischen Polizeibeamten,) der gestern in Greiz tagte, nahm u. a. eine Entschließung an, in der mit aller Entschiedenheit gegen die Errichtung einer militärischen Sicherheitspolizei nach preußischem Muster protestiert wird.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Zur Frage der Kommunalisierung des Lebensmittelhandels

In der Reichshauptstadt hat in diesen Tagen der Kleinhandel mit Nahrungsmitteln in der Form eines Proteststreiks gegen die Kommunalisierungsabsichten der städtischen Verwaltung auf dem Gebiet des Lebensmittelhandels Einspruch erhoben. Was der Handel in dieser Beziehung zu erwarten hätte, wenn es der unabhängigen Sozialdemokratie gelingen würde, einen ausschlaggebenden Einfluß in der Verwaltung der Großstädte zu erlangen, lehrt ein Blick in das Gemeindeprogramm, das von der Landesversammlung der U. S. P. Sachsens aufgestellt ist. Es sieht eine Sozialisierung aller gewerblichen Unternehmungen vor, die allgemein notwendigen Bedürfnissen der Gemeinde dienen. Dazu werden gerechnet die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität und Brennmaterial; ferner die Beförderung von Personen und Gütern durch Kleinbahnen, Straßenbahnen und Fuhrwerke; ferner die Erzeugung, Beschaffung, Lagerung, Verarbeitung sowie der Vertrieb von Nahrungs- und Genußmitteln. In erster Linie die Versorgung mit Milch, Brot, Fleisch sowie die Errichtung von Brauereien und Speisehäusern. Weiterhin soll der Bedarf der Gemeindeverwaltung an Gegenständen aller Art soweit als möglich in eigenen Betrieben hergestellt werden. Die Sozialisierung soll sich folgerichtig auch auf das gesamte Wohnungswesen, die Feuerversicherung und die Apotheken erstrecken. Alle Angehörigen von Handel und Gewerbe werden aus diesem sogenannten Gemeindeprogramm der unabhängigen Sozialdemokratie erkennen, wie notwendig es ist, bei künftigen Gemeindewahlen mit allen Mitteln zu verhindern, daß der Einfluß dieser Partei in den städtischen Verwaltungen noch eine weitere Stärkung erfährt.

Geldmarkt und Banken

Reichsbank. Der am 15. September abgeschlossene Ausweis der Reichsbank zeigt auf den Anlagekonten eine beträchtliche Anspannung. Die gesamte Kapitalanlage stieg um 1285,1 Millionen Mark auf 30 242,3 Millionen Mark, die bankmäßige Deckung um 1276,9 Millionen Mark auf 30 099,3 Millionen Mark. Da auf der anderen Seite die fremden Gelder gleichfalls eine erhebliche Ausdehnung, nämlich um 1146,6 Millionen Mark auf 9552,2 Millionen Mark erfuhren, stellt sich die tatsächliche Kreditanspruchnahme der Bank, d. i. die Zunahme der Anlage abzüglich der Vermehrung der fremden Gelder auf nur 138,4 Millionen Mark. Der Notenumlauf vermehrte sich in der Berichtswoche um eine kleine Summe und zwar um 2,6 Millionen auf 28 410,6 Millionen Mark, während der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 72,3 Millionen Mark auf 11 583,4 Millionen Mark zurückging. Der Goldvorrat erfuhr eine weitere Ermäßigung um 3,5 Millionen Mark auf 1093,8 Millionen Mark. Der Gesamtdarlehnsbestand bei den Darlehnskassen verringerte sich infolge von Rückzahlungen um 66,6 Millionen Mark auf 20 222,4 Millionen Mark.

Aktiengesellschaften

Hohenlohe-Werke Akt.-Ges. in Hohenlohehütte Ob.-Schl. Den dividendenlosen Abschluß dieser Gesellschaft für das am 31. März d. J. beendete Geschäftsjahr 1918/19 haben wir bereits mitgeteilt. Es ergab sich ein Betriebsverlust von 186 782 M.; hierzu treten Kursverlust auf Wertpapiere mit 2 527 376 M., Abschreibungen mit 4 499 400 M. und Rücklage für Talonsteuer mit 445 000 M., so daß sich insgesamt 7 658 558 M. ergeben. Hiervon gehen ab: Gewinnvortrag aus 1917/18 mit 131 755 M. und Buchgewinn aus dem Verkauf der Erzbergwerke in Norwegen mit 1 647 733 M., so daß, wie auch schon gleichfalls von uns mitgeteilt, ein Verlust von 6 010 824 M. verbleibt. Die Gründe für das ungünstige Erträgnis sind bekannt; sie liegen einmal in den Zeit- und dann in den Arbeiterverhältnissen. Die Steinkohlenförderung betrug 1 687 592 To. (i. V. 2 036 127 Tonnen), an Roheisen wurden 22 965 To. (i. V. 25 794 To.) erzeugt. In der Bilanz werden Vorräte mit 11 407 788 M. (i. V. 6 591 664 M.), Effekten mit 16 442,312 M. (i. V. 20 397 946 M.), Schuldner mit 2 5346 942 M. (i. V. 37 632 663 M.) und Kreditoren mit 16 100 678 M. ausgewiesen.

Vereinigte Schloß- und Neumühlen-Werke Akt.-Ges. zu Eilenburg. Die Gesellschaft will für das abgelaufene Geschäftsjahr 8 Prozent wie im Vorjahr verteilen. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt: Wie im Jahre 1917/18, so sind wir auch im Berichtsjahr nur für die Reichsgetreidestelle und den Kommunalverband gegen Mehllohn beschäftigt worden, allerdings konnte unsere Leistungsfähigkeit nicht voll ausgenutzt werden. Die Ausgaben für Löhne und Betriebsmaterialien sind gegen das Vorjahr nicht unbeträchtlich gestiegen, dennoch ist der Ertrag nicht hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben, da seitens der Reichsgetreide-Leitung den festgesetzten Unkosten durch Erhöhung der Einfuhrte Rechnung getragen worden ist. Ueber die Aussichten des laufenden Geschäftsjahres läßt sich Bestimmtes nicht voraussagen, da der Beschäftigungsgrad und die Höhe des Mahllohnes bei Abfassung dieses Berichtes noch nicht festgestellt sind. Der Fabrikationsgewinn beträgt 239 649,57, hierzu kommen die Zinserträgnisse für angelegte Betriebskapitalien und Pachteinnahmen mit 18 882,85 M., von diesen 258 532,42 M. wurden 74 968,99 M. zu Abschreibungen verwendet. Von dem nach Abzug sämtlicher Unkosten in Höhe von 132 591,88 M. verbleibenden Reingewinn von 51 846,56 M. kommen noch die Tantiemen an den Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte in Höhe von 7 405,45 M. in Abzug und verbleiben zuzüglich 8 162,50 M. Vortrag von 1917/18 zusammen 52 603,60 M. Aus dem Reingewinnbetrag des Reingewinns schlagen wir vor, wieder 8 Prozent Dividende zu verteilen und die verbleibenden 12 603,60 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Gewinnverteilung stellt sich wie folgt: Reingewinn 51 846,55 M., 4 Proz. Dividende 20 000 Mark, Tantiemen an den Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte 7 405,45 M., hierzu Gewinnvortrag von 1917/18 8 162,50 M., 4 Prozent Superdividende 20 000 M., Vortrag auf neue Rechnung 12 603,60 M.

Deutsche Mineralöl-Industrie Akt.-Ges. in Wietze. Einschließlich des Vortrages ergibt sich für das Geschäftsjahr 1918/19 ein Ueberschuß von 3 373 173 Mk. aus dem wieder 25 Proz. Dividende ausgeschüttet werden sollen. Die Förderung ging trotz lebhafter Aufschlußarbeiten zurück, doch wurde das geförderte Rohöl zu höheren Preisen, als im Vorjahr abgesetzt.

Industrie, Handel, Handwerk

Neue Zubußen in der Kaliindustrie. Die Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst, Oldisleben, beruft die Gewerken zu einer am 20. Oktober stattfindenden außerordentlichen Gewerkenversammlung ein. Die Tagesordnung lautet: Bewilligung von Betriebsmitteln.

Einfuhrfreigabe von Kautschuk, Guttapercha und Asbest. Der Reichswirtschaftsminister hat die Einfuhr von Kautschuk, Guttapercha und Balata (Zolltarif Nr. 98 a, b und c), ferner von Abfällen daraus (98 d) und von Asbest (231 b) mit sofortiger Wirkung freigegeben.

Elbeschiffahrt. Am 20. September traf der Kahn Nr. 297 in Aken ein.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Der Verkehr in Hafer ist heute bei behaupteten Preisen ruhig. Viktoriaerbsen bei sehr hohen Preisen gefragt. Lupinen und Serradella liegen bei behaupteten Preisen fest. In Stroh hält die Nachfrage an.

Börsenstimmungsbild. Bei der heutigen in unvermindertem Stärke wieder einsetzenden Aufwärtsbewegung auf fast allen Marktgebieten ist bemerkenswert, daß ausländische Valutapapiere sowohl im amtlichen wie im freien Verkehr in dem Hintergrund traten, was mit der aus dem Auslande gemeldeten Besserung des Markkurses zusammenhängt. Auch ausländische Banknoten waren deshalb im Kurse stärker rückgängig. Sonst spielte sich das Hauptgeschäft wieder in Kolonialwerten ab, wo Neu-Guinea und Otavi mit starken Kurssteigerungen in den Vordergrund traten, ferner in Petroleum- wie auch in Montan- und Bankaktien. Die Kurssteigerungen am Montanmarkte gingen bis zu 5, für Bankaktien zu 6, für Deutsche Bank sogar 10 Prozent, für Farbwerte bis zu 12 Prozent. Auch in den Spezialpapieren des Industriemarktes hielt die Aufwärtsbewegung an, wo besonders Deutsch-Ueberseer, Elektrische und Westeregeln Alkali bis zu 15prozentige Steigerungen erfuhren, um nur die wichtigsten herauszugreifen. Der heimische Rentenmarkt zeigte stilles Aussehen bei geringfügigen Aenderungen. Oesterreichische und ungarische Renten waren nahezu unlaßlos. Die Kauflust am Aktienmarkt hielt weiterhin an, wenn sich auch hin und wieder Schwankungen einstellten.

Haternotierungen:

Berlin, 23. September. Inländischer Hafer für 1000 kg in Mark. Loko ab Speicher frei Wagen 1160—1190, loko ab Bahn 1110—1160, bei Selbstabladung, Dreitägige Abladung —. Dreiwöchige Abladung —. August-Abladung ——. Erste Hälfte September-Abladung ——. September-Abladung ——. Oktober-Abladung ——. November-Abladung ——. Alles per 1000 kg Netto ab Abladestationen. Tendenz still.

Auszahlungen.

Berlin, 20. September.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	909,—	911,—	Ungarn	77,40	77,60
Dänemark	529,—	530,75	Finlandien	—,—	—,—
Schweden	599,25	600,75	Konstantinopel	—,—	—,—
Norwegen	584,25	585,75	Spanien	449,50	450,50
Schweiz	439,50	440,50	Finnland	132,75	133,25
Oesterreich	36,95	37,05			

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Deutsche Werte		Deutsch-Luxemburg	147,50
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	77,90	Deutsche Uebersee-El.	323,—
5% Deutsche Reichsanl.	77,25	Deutsche Erdöl	316,—
4 „ „ „	71,80	Deutsche Gasglühl.	184,—
3½ „ „ „	67,10	Deutsche Kali	217,—
3 „ „ „	65,50	Deutsche Waff. u. Mun.	214,50
4 Preuss. Konsols	71,70	Donnersmarkhütte	234,—
4½ „ „ „	65,60	Thüring u. Lehrmann	122,—
4 „ „ „	62,50	Dürkoppwerke	310,—
4 Charl. Stadtanl. 89/99	65,75	Elberfelder Farben	340,—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—,—	Felten u. Guilleaume	290,—
4 Sächs. Neulandsch.-Pfandbriefe	100,30	Gasmotoren Deutz	150,—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	100,10	Gebhardt u. Co.	—,—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	100,—	Gebhardt u. König	152,—
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—,—	Gelsenkirch. Bergb.	170½
4 „ „	—,—	Glanziger Zuckerfbr.	295,75
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	375,—
4 Oesterr. Kron.-Rente	35,50	Hann. Masch.	340,—
4 Ungar. Gold-Rente	56,75	Harpener Berg	157½
4 Ungar. Kronen-Rente	37,75	Hasper Eisen	155,—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	244,—
Halberstadt-Blankenb.	77,—	Höchster Farbw.	347,75
Halle-Hettstedter	—,—	Hoesch Eisen u. Stahl	217,—
Schantungbahn	149,—	Hohenlohe-Werke	114,25
Allg. Lokal-Str.	166,50	Humboldt-Masch.	153,75
Gr. Berl. Str.	120,—	Ilse-Bergbau	242,—
Magdeburger Str.-B.	—,—	Kahla-Porzellan	239,50
Lux. Prinz Heinrich-B.	470,—	Kalw. Aschersleben	198,—
Orientbahn	274,—	Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	145,—
Hambg. Paketfahrt	117,50	Lahmeyer u. Co.	118,—
Hambg.-Südamerika	201,—	Lauchhammer	164,—
Hansa-Dampfschiff	270,—	Laurahütte	165,50
Nordd. Lloyd	119,½	Linke u. Hofmann	290,—
Banken:		Ludwig Loewe u. Co.	222,—
Bank für Thür.	—,—	Lothringer Hütte	161,—
Berl. Handelsges.	167,50	Mannesmannröhren	200,—
Comm u. Diskontobank	132,—	Maschinenfabr. Buckau	149,75
Darmstädter Bank	117,25	Oberschl. Eisenb.-Bed.	136,75
Dess. Landesbank	—,—	do. Caro Heg.	198,50
Deutsche Bank	250,50	do. Kokswerke	212,—
Diskonto-Comm.	180,—	Orenstein u. Koppel	186,50
Dresdner Bank	151,75	Phönix-Bergb.	192,½
Credit-Anst. Leipzig	162,—	Rhein. Metall-Vorz.	172,—
Mitteld. Kreditbank	119,—	Rhein Stahlwerke	154,—
Privat-Bank	115,—	Riebeck. Montan	218,—
Nationalbank	111,—	Rombacher Hütten	159,50
Oesterr. Kredit	115,50	Rositzer Braunk.	132,—
Reichsbank	162,—	Rositzer Zucker	169,50
Industrie-Aktien:		Sangerhäuser Masch.	30,25
Schultheiss-Brauerei	260,50	Hugo Schneider u. Co.	190,75
Akt. f. Anilin	289,½	Schuckert u. Co.	133,—
Allgem. Elektr.-Ges.	195,—	Siemens u. Halske	173,—
Ammendorfer Papierf.	—,—	Stettiner Chamotte	190,—
Anhalter Kohlenw.	195,—	Stettiner Vulkan	177,—
Annaberger Steingut	190,50	Stollberger Zinkh.	168,75
Badische Anilin	445,—	Strals. Spielkarten	235,—
Bergmann Elekt.-Akt.	153,50	Thale Eisenhütte	248,50
Berl. Masch.-Bau	198,—	Triptis-Akt.-Ges.	184,50
Bismarckhütte	235,—	Türkische Tabakregie	581,50
Bochumer Gußstahl	184,50	Vereinigte Köln-Rottweiler	208,—
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Glanzstoff Elberf.	570,—
Chem. Griesheim	236,50	Wegelin u. Hübner	158,—
Chem. v. Heyden	248,50	Wersch.-Weissenf. Brk.	286,—
Consolidation Schalke	243,50	Westeregeln-Alkali	303,—
Cröllwitzer Papierfabr.	185,—	Wittener Gußstahl	303,25
Daimler-Motoren	215,—	Wrede-Mälzerei	400,—
		Zeitzer Masch.	192,—
		Zellstoff Walthof	259,75
		Otavi-Minen	—

Tendenz: fest.

Verantwortlich für Politik: Heinz Stinzer; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Hetting, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenleiter: Emil Kerken, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909231-12/fragment/page=0004